



## SATZ DES TAGES

„Für die SIMEP stehe ich sogar samstags um 8/6 auf...“

## ZAHLEN

200 Teilnehmer, 60 Teamer,  
28 Länder, 7 Fraktionen, 2 Tage  
– ein Europa

# EXPRESS

## VERANSTALTUNGSZEITUNG DER SIMULATION EUROPÄISCHES PARLAMENT I

SAMSTAG, 19. NOVEMBER 2016

### ZUR EINSTIMMUNG



Linn Selle

### „Wir müssen unsere Stimme erheben“

Statt langer Reden verspricht Linn Selle zwei Tage voller Diskussionen und Entscheidungen, als sie an das Rednerpult des Berliner Abgeordnetenhauses tritt. Schließlich seien „stürmische Zeiten“ im Europäischen Parlament angebrochen. Wie soll man mit dem wachsenden Populismus umgehen? Wie geht es nach dem Sieg von Trump

weiter? Was ist mit dem Freihandelsabkommen TTIP? „Immer wieder hört man in Sonntagsreden, wie schlecht es Europa geht, doch gemacht wird trotzdem nichts“, bemängelt sie. Selle verweist auf die Studie „Generation What“, die zeigt, dass sich zwar fast alle Jugendlichen als Europäer sehen, doch nur 25 Prozent für Europa eine Zukunft erkennen. Laut Selle könne man zum Thema Europa fast nur defensiv argumentieren. „Wir können ja froh sein, dass es so bleibt wie bisher und nicht schlimmer wird.“ Über eine Weiterentwicklung der europäischen Idee wird kaum gesprochen, obwohl das bitter nötig ist. „Dabei müssen wir uns fragen, welches Europa wir wollen und in welchem Europa wir leben wollen“, meint Selle. Hier appelliert sie an die rund 200 Jugendlichen, die im Plenarsaal sitzen: Denn zwei Tage SIMEP in Berlin sind zwar schön und gut, doch es reicht nicht. „Ihr müsst in der Schule, in eurem Bekanntenkreis und überall die Stimme erheben. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Europa mitzugestalten.“ (js)



## Make Europe great again!

Foto: Henrik Nürnberger

## Ceta und TTIP: Vertrauen in die EU sieht anders aus

Beim Freihandel wollen alle mitreden. Das EU-Parlament ist dabei aber nur ein Nebenschauplatz.

Egal ob bei der Setzung einheitlicher Produktstandards oder der Regulierung von Zöllen auf Drittstaaten-Importe – die Außenhandelspolitik gehört zur alleinigen Kompetenz der EU. Eigentlich. Denn bei kontroversen Themen wie Freihandelsabkommen wollen die Parlamente der Mitgliedsstaaten mitreden, wie die denkwürdige Rolle Walloniens im Ringen um Ceta eindrucksvoll gezeigt hat. Aus juristischer Sicht

seien die Freihandelsabkommen auch weiterhin eine reine Angelegenheit der EU, erklärte Kommissionschef Jean-Claude Juncker. Viele bestreiten das. Doch mit der Umwidmung von Ceta zu einem „gemischten Abkommen“ im Juli, sei man den Ländern entgegengekommen, da nun die nationalen Parlamente einbezogen werden müssen. Anders gesagt: Der Druck den die EU-Mitgliedsstaaten ausüben, hat sich wieder

einmal für sie ausgezahlt. So nachvollziehbar es ist, dass viele Akteure bei dem weitreichenden Abkommen mitentscheiden möchten, so unbeholfen sieht die Union dabei aus. Viel Vertrauen in die supranationalen Institutionen gibt es nicht.

Doch die EU selbst macht es aufrechten Demokraten nicht gerade einfach: Die Verhandlungen zu TTIP und Ceta fanden intransparent unter Ausschluss der Öff-

fentlichkeit statt. Als Ceta das Licht der Welt außerhalb der Verhandlungstischs erblickte, waren wichtige Änderungen nur nach zähen Bemühungen möglich. Die Kommission tat sich schwer, sowohl die nationalen Parlamente, als auch die Zivilgesellschaft für das Abkommen zu gewinnen.

Nach der Unterzeichnung ist vor der Ratifikation: Damit Ceta voll in Kraft tritt, müssen nun Iso alle Parlamente in den 28 Mit-

gliedsstaaten zustimmen. Das kann dauern, vielleicht mehrere Jahre. Noch ist das Abkommen also nicht ganz in trockenen Tüchern. Das EU-Parlament muss Ceta allerdings nicht fürchten; hier reicht die einfache Mehrheit.

Ob unter diesen Vorzeichen das umstrittenere TTIP-Abkommen jemals das Parlament erreicht, ist also nicht nur wegen Trumps Präsidentschaft äußerst fraglich. *Henrik Nürnberger*

## KURZ & KNAPP

Positionen zu TTIP

### S&D: „Keine Abstriche bei den Standards“

**S&D** Die S&D sieht in dem Abkommen einen besseren Zugang zum US-Markt, will jedoch keine Senkung von EU-Standards hinnehmen. Nur unter dieser Bedingung würde sie zustimmen.

### EKR: „So schnell wie möglich umsetzen“

**EKR** „Protektionismus abbauen und Handelshemmnisse beiseitigen“ – die EKR drängt auf eine schnelle Ratifizierung des Abkommens.

### EVP: „Partnerschaft mit den USA stärken“

**EVP** Das Abkommen könnte „bisher ungenutztes Kapital freisetzen“. Neben ökonomischen Interessen würde in die US-Partnerschaft intensiviert, heißt es im Fraktionspapier. Die EVP macht sich für TTIP stark.

### KVEL/NGL: „Demokratische Handelspolitik!“

**KVEL/NGL** Die KVEL/NGL lehnt Freihandelsabkommen kategorisch ab. Sie sehen darin Parallel-Justiz und eine Aushöhlung des Rechtsstaats. Sie macht mit einer Bürgerinitiative dagegen mobil.

### ALDE: „Wachstum, Fortschritt, Arbeitsplätze“

**ALDE** Die ALDE unterstützt das Freihandelsabkommen und sieht darin einen guten Beitrag für Wachstum, Fortschritt und Arbeitsplätze. „Es sei ein „geopolitisches Mittel, Europas Position zu stärken“, heißt es im Fraktionspapier.

### EFDD: „Nur für Großkonzerne gut“

**EFDD** Mit Schildern wie „Stop TTIP“ hat die EFDD bereits ihre grundsätzliche Ablehnung bekundet. Das Abkommen gefährdet Verbraucherstandards und nützt den Großkonzernen, heißt es aus der Fraktion.

### Grüne/EFA: „Gefahr für Verbraucher und Umwelt“

**Grüne/EFA** Die Grünen sehen Verbraucher- und Umweltstandards gefährdet. Auch aufgrund der intransparenten Verhandlungen lehnen sie TTIP ab.

# Kein einzig Asyl- und Migrationsland

Bei der Einrichtung des Europäischen Asyl- und Migrationsfonds (AMIF) bahnt sich ein heftiger Streit im EU-Parlament an. Besonders kontrovers bei der heutigen Plenardebatte ist vor allem die Rolle der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, die Standards bei der Unterbringung und der Verteilung von Flüchtlingen in den Mitgliedstaaten. Vor allem vom Votum der Sozialdemokraten und der Grünen hängt viel ab.

Von Felix Stockfisch, Sabina Manhart und Johann Stephanowitz

Hinter den Fraktionstüren wird heftig gestritten. Noch immer ist nicht klar, wohin Europa in der Asyl- und Migrationspolitik steuert. Bis in den Abend zogen sich die Beratungen. Es geht um viel. Schon heute müssen die Abgeordneten des SIMEP-Parlaments über einen Entwurf des Innenausschuss entscheiden. Dieser beschäftigt sich mit einem Fonds, durch den ein sicherer oder vor allem nicht lebensbedrohlicher Weg in die EU für Flüchtlinge geschaffen werden soll. Eine erste Fassung fordert, die Bedingungen der legalen Migration zu vereinfachen, „ohne dabei die Einwanderungsbestimmungen der Mitgliedstaaten zu berühren.“ Doch wie das konkret umgesetzt werden soll, dazu liefert der Entwurf aktuell wenig Konkretes. Viele Fragen sind offen.

Zur Debatte steht etwa eine Aufstockung der Geldmittel für die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Die EKR und EVP-Fraktionen wollen Frontex weiterhin in der Form unterstützen wie bisher. Die ALDE ist zwiespalten, wie aus den Fraktionsitzungen zu hören ist. Der schwedische ALDE-Abgeordnete Arvid Büntzel legt sich jedoch bereits fest: „Wir wollen nicht die Kugeln finanzieren, die als Warnschüsse gegen die Flüchtlinge verwendet werden – Rettungsringe aber sehr gerne.“ Anders als im Fraktionspapier, fordert er eine Reform von Frontex zu einem Seenotrettungsprogramm, die der aktuelle Entwurf noch nicht vorsieht.

Besonders in der Frage der Unterbringung von Flüchtlingen bahnt sich eine zähe Auseinandersetzung im Parlament an. „Jeder Geflüchtete sollte eine menschenwürdige Unterstützung bekommen“, sagt der KVEL/NGL-Abgeordnete Paul Dubinski. Hier ergibt sich eine mögliche Koalition zwischen Linken und Liberalen. Indes wird in der EVP darüber diskutiert, die Standards bei der Unterbringung herabzusetzen. Einzelne Abgeordnete der EVP äußerten, dass man zwar prinzipiell auch für eine menschenwürdigere Unterbringung von Flüchtlingen sei, dies jedoch

„nur im Rahmen der eigenen Kapazitäten“.

#### Von Verantwortung freikaufen

Auf Nachfrage des SIMEPexpress ließen einige EVP-Abgeordnete verlauten, dass Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, stattdessen Strafbeträge zahlen sollen. Folglich könnten sich Staaten wie Ungarn oder Polen von ihrer Verantwortung „freikaufen“ – zu Lasten von Mitgliedsstaaten, die weiterhin Flüchtlinge aufnehmen. Im jetzigen Änderungs-

entwurf sollen statt eines verbindlichen Verteilungsschlüssels erneut die Mitgliedsstaaten freiwillig entscheiden können, wie viele Menschen sie aufnehmen. Von den linken Parteien wird in dieser Frage Gegenwind erwartet.

Eine Außenseiterposition nimmt die rechtskonservative EKR ein, die sich empört über die engagierte Rolle Europas zeigt. „Russland, die USA und Kanada könnten auch Flüchtlinge aufnehmen, aber die machen dicht“, sagt der EKR-Abgeordnete Caspar Schauhoff.

Um in Zukunft vor allem qualifizierte Zuwanderer in der EU aufzunehmen, will sie ein Punktesystem, ähnlich dem kanadischen Modell, einführen. Eine Mehrheit für diesen Vorschlag ist nicht wahrscheinlich.

#### Was machen S&D und Grüne?

Die große Unbekannte sind ausgerechnet S&D und Grüne, aus deren Kreisen gestern Abend keine Aussagen gemacht wurden. Von ihnen hängt maßgeblich ab, welchen Weg Europa in dieser Frage einschlagen wird.\*



Auch in der EFDD-Fraktion wurde heftig diskutiert. Sie wird sich in der heutigen Debatte mit ihren Forderungen

## MEINE STIMME

„Streit und Kompromisse sind der Grundbaustein der Demokratie – und wir sind ihre letzte Bastion.“

**Simon Wenk (18)**  
EFDD-Abgeordneter,  
Vereinigtes Königreich



## „SIMEP in oikein kyvo juttu“

Durch die Werbung eines ehemaligen Teilnehmers wurde mein Interesse geweckt. Zudem kann ich mir selbst vorstellen, später für eine europäischen Institution zu arbeiten, weil ich verschiedene Sprachen spreche und mich gern unter verschiedenen Kulturen verständige. Zwar hatte ich keine großen

Vorkenntnisse und war mir daher unsicher, ob ich mitmachen soll – aber das ist nun vergessen: Alles ist super organisiert. Ich dachte, dass es hier sehr streng zugeht, doch eigentlich ist alles ziemlich entspannt. (jl)

**Emily Niklas (17)**  
EKR-Abgeordnete,  
Finnland



## „Looking forward“

Wir Briten legen viel Wert auf Souveränität und sind stolz auf unsere Regeln und unsere Kultur – als Grünen-Mitglied wäre ich aber gern in der EU geblieben. Leider hat unser Volk mehrheitlich für den Austritt

gestimmt, das müssen wir respektieren. Wir versuchen aber weiterhin mit den EU-Ländern im Geschäft zu bleiben, da wir von ihnen wirtschaftlich abhängig sind. Außerdem möchten wir vom Brexit mit einem möglichst geringen Schaden davonkommen. (jl)



**Dominik Schröter (19)**  
Grüne/EFA-Abgeordneter,  
Vereinigtes Königreich

## „Erfrischender Einblick!“

Da ich noch nie an einem solchen Projekt teilgenommen habe, hatte ich keine konkreten Erwartungen. Aber ich wollte gern einen Einblick in die aktuellen Themen bekommen und die Abläufe im EU-Parlament kennenlernen – und das habe ich auch! Vor allem mit den zwei Komponenten – den Län-

dern einerseits und den Fraktionen andererseits – bin ich jetzt vertraut. Am Beispiel TTIP kann man gut erkennen, wie lange es braucht, um ein Thema zu diskutieren und zur Abstimmung zu bringen. (jl)

**Lisa-Alem Wakayo (18)**  
EFDD-Abgeordnete,  
Italien



Foto: Kristof Linke

ngen allerdings kaum durchsetzen können.

# Wer profitiert von TTIP?

Beim transatlantischen Freihandelsabkommen gibt es Gewinner und Verlierer

TTIP wird vor allem von exportstarken Ländern, wie Deutschland und Frankreich befürwortet. Nach Meinung vieler Experten könnte das Abkommen hier das Wachstum ankurbeln. Über einen Zeitraum von 15 Jahren würde die Wirtschaft hier jährlich um 0,3 Prozent stärker wachsen als ohne den Freihandel. Auch Irland, wo viele Menschen für US-amerika-

nische Unternehmen arbeiten, könnte profitieren. Dagegen sehen Länder wie Malta, die keine Handelsbeziehungen zu den USA pflegen, für sich keinen Gewinn in dem Abkommen.

Wer wäre Treiber des Wachstums? Kritiker bemängeln, dass TTIP vor allem großen, multinationalen Konzernen nützt. Sie gehören deshalb zu den klaren

Profiteuren des Abkommens. Der Grund dafür ist eines der bedeutendsten Ziele von TTIP: freie Grenzen und Zollaufhebungen. Autohersteller wie VW und Audi könnten so ihre Produkte viel besser in die USA exportieren, wovon sie sich höhere Umsätze erhoffen. Im Gegensatz dazu sind mittelständische Unternehmen, die häufig nicht global agieren, eher

skeptisch. Viele sehen eine stärkere Konkurrenz auf sich zukommen.

Und was ist mit dem Verbraucher? Auf den ersten Blick scheint er der große Gewinner des Abkommens zu sein: Für ihn wird es eine größere Auswahl geben, auch die Produkte werden wohl billiger. Verbraucherverbände fürchten allerdings, dass Standards in der Ri-

sikobewertung für Lebensmittel und Chemikalien absinken – weg vom Vorsorgeprinzip, das bisher in der EU gilt. An der Frage der Standards könnte TTIP letztlich scheitern. Auch die Bevölkerung ist zunehmend kritisch eingestellt, angesichts der Diskussionen um den Import von „Chlorhühnchen“ und genveränderten Lebensmitteln. *Anne Wissing*



Foto: Kristof Linke

Marie Epping  
Felix Stockfisch  
Jessy Lau  
Anne Wissing  
Henrik Nürnberger  
Johann Stephanowitz  
Sabina Manhart

Wir danken unseren Interview-Partnern, den Whistleblowern aus den Fraktionen und unserem Fotografen Kristof. Ein besonderer Dank gilt aber vor allem dem fantastischen Organisationsteam der SIMEP – es waren spannende zwei Tage im Berliner Abgeordnetenhaus!

\*Bei der SIMEP handelt es sich um ein Planspiel. Nicht alle in den Artikeln geäußerten Meinungen spiegeln unbedingt die tatsächlichen Ansichten der Zi-tierten wider.

## IMPRESSUM

### SIMEP – Simulation Europäisches Parlament

Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.  
Sophienstraße 28/29  
10178 Berlin

Tel.: 030 - 97005492

Mail: info@jeb-bb.de

V.i.S.d.P. Henrik Nürnberger,  
Johann Stephanowitz

Redaktionsschluss:  
19. November, 11:00 Uhr



Foto: Nick Jaussi

Schluss mit der Beziehungskrise?

# Vertrauen zurückgewinnen

Zuletzt taucht Europa nur noch in Krisenszenarien auf. Einige positive Gedanken dazu, wie wir unsere Europäische Union wieder attraktiv machen.

## Von Marie Epping

„Über Europa heute zu reden bedeutet, über seine Krisen zu reden“, sagt Professor Dr. Neyer von der Europauniversität Viadrina Frankfurt (Oder). Auf der Bundeskonferenz der Europaschulen Ende September in Berlin stellt er fest, dass sowohl das europäische Finanz- und Währungssystem, die europäische Demokratie, der europäische Sozialstaat und die Migrationspolitik inklusive der „offenbaren Inexistenz europäischer Solidarität“ die Krise verursachen. Wie können junge Menschen also das Vertrauen in eine EU gewinnen, deren Vorteile sie nicht wahrnehmen?

### Europa sei mit dir!

Europa muss also spürbar werden. Die EU-Handelsexpertin

Linn Selle sagt dazu, dass vor allem grenzübergreifende Projekte gestärkt und ausgebaut werden müssen, um die europäische Idee wieder zu entfachen. Als Beispiel nennt sie das Erasmus-Programm. Doch nicht nur Studenten sollten Europa erkunden können, auch freiwillige soziale Jahre in anderen europäischen Ländern können dafür sorgen, dass das Verständnis für die europäischen Nachbarn wächst.

Ein kostenloses Interrail-Ticket bei Volljährigkeit für jeden EU-Bürger, wie es gerade die Kampagne „free interrail“ fordert und auch unter EU-Politikern diskutiert wird, könnte ebenfalls dazu beitragen. Denn nur wer Europa im wahrsten Sinne des Wortes erfährt, wird auch eine emotionale Bindung

zu unserem Kontinent aufbauen können. Gleichzeitig rücken die zahlreichen Vorteile der europäischen Union wieder in den Mittelpunkt, die für uns zur gefährlichen Normalität geworden sind: Freiheit, Freizügigkeit und Demokratie. Doch können sie allein die anhaltende Skepsis am europäischen Projekt beseitigen?

### Das träge System durchbrechen

Das Problem des mangelnden Vertrauens liegt laut June Tomiak, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, auch in dem schwer zu durchdringenden Institutionengemenge. „Die Politik muss transparenter gestaltet werden“, fordert die 19-Jährige. Die EU macht es uns nicht einfach, sie zu verstehen, doch auch wir müssen mehr über sie lernen.

Eine Investition in Wissen über die EU ist also eine Investition in die Zukunft des gemeinsamen Projekts, das von so vielen Missverständnissen von „denen aus Brüssel“ geprägt ist.

Doch letztlich ist die Zukunft der EU vor allem davon abhängig, ob die Mitgliedsstaaten den aufkeimenden Nationalismus eindämmen können. Ob der Front National in Frankreich oder die PiS in Polen – wir müssen den Blick nicht in die Ferne richten, um zu erkennen, dass die EU-Skeptiker, allen voran die AfD, auch hierzulande an Boden gewinnen. Eine Lösung für Nationalismen liegt gerade in mehr Europa, statt weniger. Eine Stärkung der EU auf der einen Seite, verursacht eine Schwächung der rechtspopulistischer Kräfte auf der anderen Seite.



JUNGE  
EUROPÄISCHE  
BEWEGUNG  
BERLIN-BRANDENBURG

Gefördert durch:



Presse- und Informationsamt  
der Bundesregierung

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Das Journalistenteam  
wird unterstützt durch:

JUNGE PRESSE  
BERLIN